

Abhöraktion ohne hessische Hilfe

Laut Innenminister ermittelten nach Genmais-Zerstörung nur Behörden Sachsen-Anhalts

Von Volker Schmidt

Die hessische Polizei war nach Angaben von Innenminister Boris Rhein (CDU) nicht an der Abhöraktion gegen einen mittel-hessischen Anarchisten beteiligt, in deren Zuge auch ein FR-Landtagskorrespondent und wohl auch eine Abgeordnete belauscht wurden. Vor dem Innenausschuss des Landtags verwies Rhein wie zuvor schon Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) auf die Staatsanwaltschaft in Magdeburg, die die Ermittlungen geführt hatte.

Die Behörde in Sachsen-Anhalt suchte 2011 nach militanten Umweltaktivisten, die in Üplingen ein Versuchsfeld mit Genmais zerstört hatten. Weil die Täter dabei Wachleute bedroht und ihnen Wachbücher, Funkgeräte und Schlüssel abgenommen hatten, ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen schweren Raubes. Da geraubte Gegenstände in der Kommune auftauchten, in der der hessische Gentechnik-Gegner Jörg Bergstedt lebt, ließ die Staatsanwaltschaft sein Telefon überwachen. Bergstedt und ein weiterer Verdächtiger erwiesen sich nicht als schuldig, die Ermittlungen wurden Ende 2012 eingestellt.

Durchsuchung unterstützt

Laut Minister Rhein war die hessische Polizei in zwei Punkten beteiligt: Sie habe im Juli 2011 den Behörden in Magdeburg Erkenntnisse über Bergstedt aus hessischen Akten übermittelt und am 14. November 2011 auf ein Amtshilfeersuchen aus Sachsen-Anhalt eine Durchsuchung bei Bergstedt unterstützt, allerdings nur im Hintergrund. Durchgeführt habe sie das Magdeburger Landeskriminalamt (LKA).

An diesem Tag habe das LKA die Hessen informiert, dass es eine Abhöraktion gab, ohne Details zu nennen. „Das hessische Innenministerium hat mit dem Verfahren nichts zu tun“, sagte Rhein. Es sei nicht unüblich, dass Beamte



Ob Gene manipuliert sind, sieht man dem Mais nicht an.

DPA

aus einem Bundesland in einem anderen ermittelten, ohne die Behörden dort zu informieren.

Der Linken-Politiker Hermann Schaus bezweifelt das. Er zitierte aus dem Schreiben eines Gießener Professors, der offenbar in die Ermittlungen geraten war. Der Professor hatte in einem Brief an die Polizei in Gießen einen Vorfall im Oktober 2011 an seinem

Wohnhaus wie folgt geschildert: „Ein Kleinbus der Polizei“, sei vorgefahren, „zwei Männer in Polizeiuniform stiegen aus, traten auf das bebaute Grundstück (...) und beleuchteten mit Taschenlampen die Einfahrt, die dort montierten Briefkästen (...). Mitbewohner und Gäste (...) bemerkten dies und fragten die zwei Uniformierten nach dem Objekt ihrer Such-

aktion. Darauf stiegen die beiden Männer in den Kleinbus und fuhren weg, ohne auf die Fragen zu reagieren oder auch die vorausgegangene Begrüßung zu erwidern.“ Sowohl das Polizeipräsidium Mittelhessen als auch das Gießener Ordnungsamt teilten dem Professor mit, ihre Beamten seien das nicht gewesen. Schaus will das nicht glauben.

Rhein sagte, Schaus' Ausführungen hätten ihn „intellektuell weit überfordert“. Er bat um eine schriftliche Darstellung.

FR-Korrespondent Pitt von Benburg hatte nach der Einstellung der Ermittlungen gegen Bergstedt eine Benachrichtigung aus Magdeburg erhalten, dass auch ein Telefonat zwischen ihm und dem Aktivisten belauscht worden war. Der Gießener Professor vermutete nach den FR-Berichten darüber, auch er könne ins Netz geraten sein. Auf Nachfrage in Magdeburg erfuhr er, dass in der Tat auch Gespräche mit ihm belauscht wurden, aber: „Die Voraussetzungen einer Benachrichtigung lagen bei Ihnen nicht vor.“

In den Ermittlungsakten taucht auch der Anschluss der SPD-Abgeordneten Nancy Faeser auf, ohne dass sie bisher benachrichtigt worden wäre. Der FDP-Abgeordnete Frank Blechschmidt bezeichnete die Abhöraktion gegen Journalisten und Abgeordnete erneut als „ungeheuerlich“, verwies aber auf die Zuständigkeit der Justizministerin in Sachsen-Anhalt, Angela Kolb (SPD).

Der Grüne Jürgen Frömmrich wunderte sich, dass Rhein den Parlamentariern im November 2011 nichts von der Durchsuchung bei Bergstedt erzählt habe. Die fiel nämlich zwischen zwei Sitzungen, bei denen der Anarchist Thema war. Die Polizei hatte Bergstedt 2006 vier Tage rechtswidrig eingesperrt, weil sie ihn für Sachbeschädigungen im privaten Gießener Umfeld des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) verantwortlich machte.